

Protokoll:

Die Deklaration ist in Zusammenarbeit des Kulturdezernats und der städtischen Kultur- und Bildungseinrichtungen erarbeitet worden. Ziel war und ist es, sich selbst eine realistische Perspektive für die nächsten zehn Jahre (2030) zu geben. Die Vorsitzende erklärt, dass die Deklaration als Diskussionsansatz sowie Ausgangspunkt für die im September stattfindende „Zukunftswerkstatt dient“.

RM Altmaier merkt positiv an, dass sich seit der Amtszeit von Frau PD Dr. Theis-Scholz vieles in ihrem Dezernat in Bewegung befindet. Er plädiert dafür, die Deklaration nicht in der heutigen Sitzung zu beschließen, sondern noch zu diskutieren. Eine Leitlinie für Kulturpolitik braucht seiner Ansicht nach, insbesondere im Hinblick auf die Lasten der Finanzierung, noch weitere Dimensionen: Kultur als Pflichtaufgabe. Das Land Rheinland-Pfalz sollte hierzu, vergleichsweise der Verfassung in Sachsen, eine Entscheidung treffen. Von der finanziellen Ausstattung der Einrichtungen, die mit zahlreichen Kürzungen konfrontiert sind, hängt schließlich die Qualität des Angebots ab. Zu betrachten sind dabei die aktuellen finanziellen Fakten in den Koblenzer Einrichtungen. Als Beispiele nennt er das Mittelrhein-Museum, dessen Kerninhalt die Stadt- und Kulturgeschichte ist, welche aufgrund des nicht vorhandenen Ankaufsetats prinzipiell nicht fortgeschrieben werden kann. Auch ein etwaiger Neubau für das Stadtarchiv sollte hoffentlich vor dem Jahr 2030 zu realisieren sein. Im Hinblick auf das Kulturamt führt er an, dass viele Aufgaben und Projekte geplant sind. Er fragt sich jedoch, wie das personell geleistet werden soll. Er spricht sich dafür aus, dass nach der Corona-Krise der Fokus auf einem breit angelegten Marketing für alle Kultur- und Bildungseinrichtungen liegen sollte. Der Stadtvorstand solle sich damit befassen.

Auch RM Schumann-Dreyer sieht die Deklaration als eine wichtige Entscheidung für den Kulturausschuss, weshalb diese dringend einen allgemeinen Zuspruch braucht und den Gremienweg, inklusive Haushaltsberatungen, gehen sollte. Sie meldet Beratungsbedarf an.

RM Naumann spricht sich ebenso für eine Prüfung der Aufgaben aus. Weiter dafür, dass im Bereich Sport und Kultur Haushaltsberatungen bereits zu einem früheren Zeitpunkt stattfinden sollten. Er wünscht sich extra hierfür eingerichtete Runden, um intensiver diskutieren zu können.

RM Bourry weist darauf hin, dass im freiwilligen Leistungsbereich neben der städtischen Kultur ebenso auch die freie Szene nicht aus dem Blick geraten darf. Sie schlägt vor zu prüfen, inwiefern Ressourcen besser genutzt werden können und stabile langfristige Partnerschaften hergestellt werden, z.B. Musikschule als tragende Säule der Jugendarbeit und Jugendamt. Auch RM Bourry plädiert dafür, die Deklaration und die Aufgaben der Einrichtungen breiter zu diskutieren.

RM Thielges schlägt folgende Beratungsreihenfolge vor: 1. Die kulturpolitischen Sprecher erarbeiten eine grundsätzliche Richtung, 2. Beschäftigung mit dem Problem der Finanzierung, 3. Gegenmaßnahmen zu Kürzungen. Land und Stadtrat sollten hier mit einbezogen werden.

Die Vorsitzende verweist darauf, dass die Deklaration vor der Corona-Zeit entstanden ist und als Instrument dient sich mit der Zukunftsentwicklung der eigenen Einrichtung auseinanderzusetzen. Das Jahr 2020 stellt sich nun als Ausnahmesituation heraus und aktuell ist nicht absehbar, wie es mit dem städtischen Haushalt weitergeht. Die Ziele der Beschlussfassung über die Deklaration waren zum heutigen Zeitpunkt ein Informationstransfer, Transparenz für die Ausschussmitglieder sowie damit verbunden ein einheitliches Signal zur Stärkung der Einrichtungen. Die Deklaration soll in der Vorbesprechung des Kulturausschusses am 11.09.20 mit den kulturpolitischen Sprechern Thema sein.

RM Schumann-Dreyer verdeutlicht noch einmal die Schwierigkeit der aktuellen Situation und dass die Rettung mehr als eine Beratung der kulturpolitischen Sprecher braucht. Herr Naumann bekräftigt, dass eine ausgiebige Diskussion im Kulturausschuss notwendig sei.

Ohne Beschlussfassung wird der Tagesordnungspunkt aufgrund von Beratungsbedarf vertagt.